

Antrag Nr. 04-F-03-0007

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Schulentwicklungsplan
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.01.2004 -

Antragstext:

Der Ausschuss für Schule und Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert

1. den mit dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Oktober 2003 der Hessischen Kultusministerin vorgelegten Entwurf des Schulentwicklungsplanes für die Landeshauptstadt Wiesbaden aufgrund Ausführungen von Kultusministerin Wolff im Landtag sofort zurückzuziehen.
2. umgehend darzulegen, wie er unter besonderer Berücksichtigung des Standortes Gerhart-Hauptmann-Schule durch die Einrichtung einer neuen Integrierten Gesamtschule endlich eine ausreichende Zahl an Gesamtschulplätzen zur Verfügung stellen will.
3. das durch den mangelhaften Schulentwicklungsplan vom 16. Oktober 2003 angerichtete Chaos unverzüglich zu beseitigen und rechtzeitig vor dem Anmeldeschluss für die weiterführenden Schulen am 20. März 2004 öffentlich Klarheit darüber herzustellen, welche Wiesbadener Schulen im kommenden Schuljahr welches Angebot unterbreiten, damit die Eltern wissen, auf welcher Grundlage und mit welchen Zukunftsperspektiven sie ihre Kinder an den Schulen anmelden.

Darüber hinaus stellt die Stadtverordnetenversammlung fest,

dass die auf seiner Sitzung am vom 16. Oktober 2003 von CDU / FDP und dem Stadtverordneten Hirzel durchgesetzten Beschlüsse zur Änderung des Schulentwicklungsplanes - trotz erkennbarer Mängel und trotz der mehrfachen vorgetragenen fachlichen Bedenken der Schuldezernentin - vom Wiesbadener Oberbürgermeister nicht beanstandet wurden und er damit entscheidend dazu beigetragen hat,

dass insbesondere die öffentlich verbreiteten, nicht abgesicherten Zusicherungen der schulpolitischen Sprecherin der CDU-Rathausfraktion über die Genehmigung von zwei Reformschulen in Wiesbaden ungeprüft in den Schulentwicklungsplan übernommen wurden und die Wiesbadener Schulpolitik so dem Chaos preisgegeben wurde.

Begründung:

Wiesbaden, 20.01.2004

Gez.: Olaf Bayer
Stadtverordneter